

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

273 (16.6.1921) Mittagausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.
Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Kleiner-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat.

Eisenium und Verlag von
Ferd. Thiergarten.
Hauptredaktion:
Ganns-Walther-Straße.
Verantwortl. Redakt. u. Ver-
waltung: Dr. A. W. Schneider.
Redaktion: A. W. Schneider, A. W. Schulz,
Walden 1. B. H. Goldberger, Karlsru-
her Anstalten u. Sport: H.
Goldberger, Kunz, Wittenlocher und
Unterhaltung: A. Kubisch; Handels-
aktiva: I. B. A. W. Schulz; An-
zeigen: A. Hübnerspader, alle in
Karlsruhe.
Berliner Schriftleitung:
Dr. Eric Gwirth.
Fernsprecher:
Geschäftsstelle: Nr. 86.
Schriftleitung: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle:
Stift- und Kammerstraße, nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359

Die Ententebotschafter beim Reichsaußenminister.

Schwenkung der englischen Taktik?

II. Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht.) Halbamtlich wird ge-
meldet: Der französische Botschafter und der englische Geschäfts-
träger haben gestern abend die bereits in der Pariser Presse ange-
kündigten Vorstellungen beim Reichsaußenminister des Auswärtigen er-
zählt. Im Laufe der Besprechung versuchten sie die Verantwortung
für die kritische Lage, die durch das Scheitern der Verhandlungen
zwischen der Interalliierten Kommission und dem 12er Aus-
schuß zeitweise geschaffen worden war, dem Selbstschuß zuzuschreiben.
Diesen Ausführungen trat der Reichsaußenminister des Auswärtigen Dr.
Fischer mit Nachdruck entgegen. Er teilte dem französischen Botschaf-
ter und dem englischen Geschäftsträger, die einzeln bei ihm vortra-
gen, mit, daß eine Note an die alliierten Regierungen abgegangen
ist, in der die unerträgliche Lage in Oberschlesien geschildert wird,
in der erneut das Verlangen an die Regierungen gerichtet wird,
Sichereschlesien von den Injuranten zu räumen. Inzwischen scheint
eine Verständigung der alliierten Truppenführer mit General
Höfer anzubahnen.

Im Anschluß daran schreibt die „Vossische Zeitung“: Dem Schritt
des französischen Botschafters hat sich auch der englische Geschäftsträ-
ger angeschlossen, nachdem bereits in Opatowitz Sir Harold Stuart den
Vorstellungen des Generals Lerond beigetreten war. Offenbar liegt
hier eine Schwenkung der englischen Taktik vor, die durch die örtlichen Vorgänge erklärt wird. So schmerzhaft die neue
Entscheidung, die der ober-schlesischen Bevölkerung durch die neue
Räumung der Räumungsaktion bereitet ist, so notwendig ist es
jedoch, kaltes Blut zu bewahren. Es wurde bereits betont,
daß die Wiederherstellung des Rechtszustandes eine Verpflichtung
der Entente darstellt, die nicht durch irgendwelche Gründe oder Vor-
wände aufgehoben werden kann. Diese Verpflichtung zu der Erwar-
tung, daß die Einstellung des Vormarsches nur eine Episode dar-
stellt.

II. Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht.) Zu der Nachricht von dem
Schritt der Alliierten in Berlin wegen des Verhaltens des deutschen
Selbstschußes in Oberschlesien sagt der „Vorwärts“: Frankreich
kommt dieser Konflikt natürlich sehr gelegen. Es hat seit den lange
vergeblich gesuchten Grund, den Selbstschuß in Oberschlesien zu liqui-
dieren und damit den Polen wieder in den Sattel zu helfen. Es
deshalb nicht verwunderlich, wenn es Frankreich mit seinem
moralischen Schritt in Berlin so überaus eilig hat. Allerdings
wollen wir glauben, daß es uns nicht ganz klar ist, was dieser Schritt
für einen Zweck hat. Die deutsche Regierung hat pflichtgemäß die
Forderung nach Oberschlesien geäußert; im übrigen hat das mit der ober-
schlesischen Angelegenheit nichts zu tun, das es gerade die französische
Regierung war, die jede deutsche Unterfertigung ablehnte. Uffiga und
Höfer sind der deutschen Regierung nicht unterstellt, folglich kann die
deutsche Regierung auch nicht für ihre Handlungen verantwortlich
gemacht werden. Auch dieser Fall zeigt, daß in der ober-schlesischen
Frage nur eine Lösung möglich ist: ein rascher und gerechter Schieds-
pruch des Obersten Rates.

Die Lage in Oberschlesien.

III. Berlin, 15. Juni. Bis heute vormittag war von Seiten
des Generals Lerond der Befehl zur Fortsetzung der Säuberungs-
aktion nicht gegeben worden.

Verhandlungen mit den Injuranten.

II. Breslau, 16. Juni. (Drahtbericht.) Aus West meldet die
„Schlesische Zeitung“, daß die Dicht vor der Stadt liegenden Vor-
posten des deutschen Selbstschußes zurückgezogen worden sind. Auf
höhere Anweisung ist eine Sperrzone zwischen West und Slawentz
abgeleitet worden. Im Schlosse von West sind Verhandlungen zwi-

schen Vertretern von Frankreich, Italien und England mit den In-
juranten über die Räumung von Oberschlesien zustande gekommen.

Die Haltung Höfers.

I. Paris, 15. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Die „Action Française“ erklärt, daß General Höfer in
seinem von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten
Interview eigentümlich der Interalliierten Kommission in Opatowitz seine
Bedingungen vorschreibe, England Lob spende und Frankreich tadelte.
Es komme dem General vor allem darauf an, sich die Vorteile zu
sichern, die er in den letzten Wochen errungen habe. Seine Haltung sei
umso schärfer zu verurteilen, als sie die Lage in Oberschlesien nur noch
weiter verwickelt. Im Großen drehe sich alles darum, daß nach erfolg-
reicher mehr oder weniger gerechter Aufteilung Deutschland und Polen
den Beschluß der Alliierten ausmittle, was man aber nicht er-
warten könne. Für beide Völker sei es nicht eine Frage des Rechts,
sondern des nationalen Gefühls, demgegenüber alle Vernunftgründe
unwirksam bleiben würden.

Die Räumung des deutschen Selbstschußes.

II. Rastatt, 16. Juni. (Drahtbericht.) Nach der Einnahme
der heiligen Stadt durch den deutschen Selbstschuß hatten die Alliierten
ein weiteres Vergehen des deutschen Selbstschußes dadurch ver-
hindert, daß sie das Gebiet rings um die deutschen Stellungen als
neutrale Zone erklärten. Gestern wurde verurteilt, den deutschen
Selbstschuß noch weiter zurückzudrängen. Er soll auch seine Stellung
bei Slawentz und Salsche räumen.

Korfanitz beklagt sich.

I. Paris, 15. Juni. (Drahtbericht) unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Einem Vertreter des „Zeit Journal“ in Oberschlesien
erklärte Korfanitz, er wisse der Interalliierten Kommission in
Opatowitz vor, daß sie mit dem General Höfer auf gleichem Fuße
stehend verhandelt, ihm, Korfanitz, jedoch Hilfe versage.

Geschickter Angriff der Injuranten.

II. Gleiwitz, 16. Juni. (Drahtbericht.) Am Dienstag vormit-
tag griff ein Panzerzug Gleiwitz an. Bei Matthesdorf, dicht bei
Gleiwitz, wurden etwa 200 Injuranten von diesem Zuge ausgeleitet,
die auf der Bahnlinie vorgingen. Sie wurden vom Selbstschuß um-
zingelt; 69 Auffständische wurden gefangen genommen und entwaflnet.
Die Gefangenen wurden der italienischen Besatzung übergeben.

Schadhaften der Polen.

II. Opatowitz, 16. Juni. (Drahtbericht.) Auf dem hiesigen Friedhof
wurden gestern drei einschlagig verstümmelte Leichen eingeliefert.
Die Toten sind im Walde bei Zembowitz aufgefunden worden und
gehörten einer deutschen Patrouille an, die von den Polen überfallen,
ermordet und in einschlagiger Weise verstümmelt worden sind.

Vor einem Generalfreik in Oberschlesien?

II. Oberglogau, 16. Juni. (Drahtbericht.) Auf die inter-
alliierte Ablehnung der deutschen Forderung, wegen energischer
Aktionen gegen die polnischen Banden, sind die Gewerkschaften zusam-
mengetreten, um über den Eintritt in den Generalfreik zu beraten.

Ein geisteskranker polnischer Kommandant.

II. Opatowitz, 16. Juni. (Drahtbericht.) Die Verbindung mit
dem Koflenreiter ist vollständig unterbrochen. Die Hindenburg-
Apo ist von der Interalliierten Kommission entwaflnet worden.
In Kufendorf ist der als geisteskrank entlassene Grubenarbeiter
Meizner als polnischer Platzkommandant eingesetzt worden. In
sachlicher Weise peitscht er mit Vorliebe Frauen und Kinder.

Die Deutschenverfolgungen in Polen.

III. Berlin, 15. Juni. Im Anschluß an die Schritte des
deutschen Konsuls in Polen wegen des am 2. Juni gegen die Deut-
schen in Ostrow veranfaßten Pogroms hat die Wopowodschaft
eine Warnung erlassen, in der sie auf die Angelegenheit solcher
Vorgänge aufmerksam macht. Die Wopowodschaft
hauptet aber in dieser Warnung, daß die polnische Bevölkerung
infolge der massenhaften Landesverweisungen der Polen aus Deutsch-
land beunruhigt wäre und im Hinblick auf die Scharen der zurück-
gekehrten obdachlosen polnischen Flüchtlinge die Parole der Rache
ausgesprochen habe, um die Bewohner deutscher Nationalität zu zwin-
gen, Polen zu verlassen.

Von deutscher zutändiger Seite wird hierzu erklärt, daß diese
Behauptungen falsch sind und mehr aufreizend als beruhigend wirken.
Sie sollen offenbar die deutschen Verfolgungen in Ostrow ver-
schleiern. Seit der Abtretung des deutschen Teilgebietes an Polen
und fast eine halbe Million Deutsche unter dem Zwang unerträg-
licher Lebensverhältnisse nach Deutschland zurückgekehrt, während
600 000 in Deutschland wohnenden Polen unbeschäftigt unter deut-
schen Geheke leben. Zum Schluß weist die deutsche zutändige Stelle
auf hin, daß die Polen nicht nur Deutsche und Juden, sondern
auch Evangelische polnischer Zunge verfolgen.

Neue Parteibildung in Frankreich.

I. Paris, 15. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Eine Anzahl Deputierter der linksrepublikanischen und
linksrepublikanischen und demokratischen Vereinigung
(Union républicaine et démocratique) haben eine neue parla-
mentarische Gruppe gebildet, die den Namen „Republikanische Zwi-
schengruppe“ führen wird. Bisher haben sich ungefähr 150 Deputierte
dieser Gruppe angeschlossen. Das Programm dieser Gruppe wendet
sich vor allem gegen jegliche Diktatur, sei es einer Klasse, sei es einer
Person, verlangt jedoch die Aufrechterhaltung der republikanischen
Verfassungskonstitution. Die Aufrechterhaltung der Bündnisse, soweit sie mit
den nationalen Würde und dem Interesse Frankreichs vereinbar seien,
vertritt die Ansicht, daß Frankreich die notwendigen Maßnahmen
durchzuführen muß, um seine Forderungen an Deutschland durchzusetzen,
nämlich ferner, daß die französische Regierung die Begehung ständig
neuer Verbrechen zur Deduktion des Budgets in ein Finanzsystem bringt,
und daß die Ausgleichung des Budgets durch die deutschen Zahlungen
und durch die verschiedenen Eingänge sichergestellt werden. Der
„Temps“ erklärt in einem innerpolitischen Leitartikel, die Gründung
dieser Gruppe müsse mit großer Verteidigung von der Öffentlichkeit
angekündigt werden.

Die französischen Finanzen.
II. Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische
Finanzminister erklärte heute in der Kammer die Maßnahmen, die er

Die Wiesbadener Verhandlungen.

Dr. A. Genf, 15. Juni. (Drahtmeldung unseres eigenen Bericht-
erstatters.) Den besten Maßstab für die Einschätzung der Wiesba-
dener Konferenz vom deutschen Standpunkt aus bildet die Haltung
der nationalistischen Pariser Blätter. Die gesamte Presse dieser Rich-
tung zeigt sich über die Zusammenkunft derart aufgebracht, daß die
schärfsten persönlichen Angriffe gegen Loucheur und Briand erhoben
werden. Man geht sogar so weit, anzudeuten, daß die Politik des
französischen Wiederaufbauministers von persönlichen Motiven ge-
leitet werde und daß es sich dabei um eine Art von geheimer Inter-
sengemeinschaft einiger einflußreicher französischer Persönlichkeiten
handele, die zum Teil auch im Auslande auf hervorragenden Posten
stünden. Die gehässigen Angriffe dieser Organe sind natürlich in
erster Linie auf innerpolitische Motive zurückzuführen. Sie lassen
aber zugleich auch in einer sehr interessanten Weise erkennen, daß der
französische Nationalismus sich mit allen Kräften dagegen wehrt,
Wiedergutmachungsprobleme aus der politischen Atmosphäre in eine
rein wirtschaftliche Behandlungsweise überführen zu lassen. Soweit
diese rein demagogischen Neußerungen sich überhaupt bemühen, rein
sachliche Begründungen anzuführen, weisen sie besonders auf die Ge-
fahr hin, daß Rathenau durch Anknüpfung von weitreichenden Be-
ziehungen mit Rußland dem deutschen Wirtschaftsleben einen neuen
Aufschwung geben wolle. Die Pariser Nationalisten sehen bereits
vorans, daß Deutschland auf diese Weise eine neue wirtschaftliche Vor-
herrschaft in Europa erlangen werde und daß es seine Schulden an
die Alliierten werde abbezahlen können, ohne eigentlich etwas davon
zu merken, und ohne daß Frankreich einen wirklichen Nutzen haben
würde. Die Gerechtigkeit erfordert indessen, anzuerkennen, daß die
nationalistischen Blätter mit dieser Hege ziemlich allein stehen, und
daß die gesamte übrige Presse die Zusammenkunft aufeinander be-
spricht. Immerhin bedeutet es wohl ein Zugeständnis gegenüber den
Angriffen von rechts, wenn die Regierungsorgane im Zusam-
hang mit der ober-schlesischen Frage wieder einmal mit der Ruhe-
setzung drohen. So sagt besonders der „Temps“, daß, wenn die ober-
schlesische Frage sich nicht am Orte selbst regeln lassen sollte, die Alliierten
gemäß ihrer Vereinbarung an anderen Orten Maßregeln ergrei-
fen müßten. Auch Poincaré fordert im letzten Heft der „Revue des
Deux Mondes“, daß Oberschlesien für Frankreich an der Ruhr geteilt
werden müßte. Von den übrigen Neußerungen der Presse ist noch
eine Information des „Deux“ bemerkenswert, wonach ursprünglich
an der Besprechung von Wiesbaden auf deutscher Seite der Minister
Rosen und auf französischer Seite Berthelot teilnehmen sollte. Man
habe indessen in letzter Stunde auf die Beteiligung dieser beiden po-
litischen Persönlichkeiten verzichtet. Berthelot werde jedoch in Kürze
als Tourist nach Wiesbaden gehen, und es sei möglich, daß er dabei
zufälligerweise auch mit deutschen Persönlichkeiten zusammentreffen
würde.

Eine offiziöse Auffassung.

(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)

I. Paris, 15. Juni. Zu der Wiesbadener Zusammenkunft er-
klärt heute der „Temps“, es sei nun den beiden Regierungen möglich
geworden, sich von der Nützlichkeit dieser ersten direkten Aussprache
zwischen einem deutschen und einem französischen Minister zu über-
zeugen. Diese Ueberzeugung sei gut und hoffentlich habe man in
Deutschland ebenso aufrichtig wie in Frankreich den Wunsch, auf dem
jezt eingeschlagenen Wege zu beharren. Das Blatt hofft, daß die
Aussprache auch auf praktischem Wege erfolgreiche Wirkungen haben
werde. Darauf komme es doch den Völkern am meisten an. Was
die Frage der Naturalleistungen anlangt, so könne sie nur dann
in zufriedenstellender Weise geregelt werden, wenn die deutsche und
die französische Regierung darauf verzichteten, sich zu Kaufleuten oder
Bermittlern zu machen. Es sei Aufgabe der Regierungen, diese
private Initiative zu unterstützen und zu kontrollieren und gemäß
den eingegangenen Vereinbarungen Zahlungen zu leisten, ohne aber
sich selbst an die Stelle von Privatpersonen oder Privatunternehmen
zu setzen. Der französische Geschäftsmann müsse sich direkt an den deut-
schen Lieferanten wenden und bei ihm bestellen können. Loucheur
habe in Wiesbaden gezeigt, wie absurd der Glaube sei, daß Frank-
reich nicht mit sich reden lassen wolle. Jetzt hindere nichts mehr
Dr. Rathenau daran, mit seiner großen Klugheit und ganzen Kraft
an einer Beilegung des Wiedergutmachungsproblems, ja des
größten finanziellen und wirtschaftlichen Problems, das Europa je
gesehen habe, mitzuwirken.

Neue polnische Ministerkrisen.

O. E. Warschau, 14. Juni. (Drahtbericht.) Die Ende vergangener
Woche angelegte Krise im polnischen Finanzministerium ist
nunmehr akut geworden, und zwar insofern eine Mehrforderung
des Ministers für öffentliche Arbeiten um 10 Milliarden über den
Haushaltplan, wofür sich eine Mehrheit von einer Stimme im
Ministerrat fand. Deswegen erbat der Finanzminister Stęczyński
seine Demission. Es ist zu erwarten, daß dieses Ausschreiben des
letzten Sachmannes, der das Vertrauen internationaler Wirtschaft-
kreise genos, aus der polnischen Regierung eine empfindliche Rückwir-
kung auf die Börse und als Auslandskapital haben wird. Dennoch
sind die Aussichten, Stęczyński zu einer nochmaligen Zurückziehung
seiner Demission zu bewegen, deshalb gering, weil er auch in anderen
Frage, wie namentlich hinsichtlich der Höchstgrenze der diesjährigen
Aufwendungen für die Güteraufteilungen, mit anderen Parteien voll-
kommen uneinig ist, darunter mit der an den Parzellierungen beson-
ders interessierten Bauernpartei (Witos-Partei). Die Witos-Partei
drang angesichts der bevorstehenden Wahlen sehr energisch auf die
Parzellierungen. Aus diesen Gründen ist bereits der Leiter der
Parzellierungsbehörde, des sog. Hauptlandesamts, Wiltonski, zurück-
getreten. Sein Nachfolger ist bisher noch nicht ernannt. Dieses
Hauptlandesamt soll auf Kosten des Landwirtschaftsministeriums so
erheblich erweitert werden, daß aus diesem Anlaß auch der Land-
wirtschaftsminister Raczynski sein Amt niederlegen
beabsichtigt. Endlich wird die bevorstehende Demission des Justiz-
ministers Rowodowski von der Presse gemeldet. Demnach
ist, nachdem die Außenministerfrage gelöst war, dennoch die allge-
meine Regierungskrise in vollem Gange. Der neuernannte Außen-
minister Skirmunt hat die Berufung angenommen und tritt
voraussichtlich Donnerstag in Warschau ein

Deutscher Reichstag.

NDZ. Berlin, 15. Juni. Die Sitzung beginnt kurz nach 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die

Änderung des Wehrgesetzes

vom 23. März 1921. Auf Verlangen der Entente soll danach das Wehrgesetz dahin abgeändert werden, daß in Art. 2 ausdrücklich festgesetzt wird, daß in die Zahl von 100 000 Mann die 4000 Offiziere und im Offiziersrang stehenden Beamten als Höchstzahl eingeschlossen sind. Im Art. 18 wird festgesetzt, daß die Zugehörigkeit zur Wehrmacht für die Soldaten vom Tage des Dienstbeginns bis zum Ablauf des Entlassungstages dauert. Der Tag des Dienstbeginns ist der Tag, an dem der Freiwillige bei seinem Truppenteil eintritt. An diesem Tage ist ihm der Wehrdienstschein auszuhandigen. Es soll hierdurch verhindert werden, daß die Rekruten einer Probezeit unterworfen werden. Weiterhin soll bestimmt werden, daß jährlich vor Ablauf der Dienstverpflichtung höchstens 5 Proz. der Höchststärke der Unteroffiziere und Mannschaften entlassen werden. Eine entsprechende Bestimmung wird für die jährliche Einstellung in die Marine getroffen. Schließlich wird bestimmt, daß die Heeresangehörigen, die infolge des neuen Gesetzes entlassen werden sollen, besonders beschützt werden. Das Gesetz soll am 15. Juni in Kraft treten.

Behrminister Geiler: Das Gesetz ist durch das Ultimatum notwendig geworden. Materiell nimmt es keine Änderungen gegenüber dem Wehrgesetz vor mit Ausnahme der Bestimmung über die auf Grund des Ultimatus zu Entlassenden. Die Regierung würde dem hohen Hause sehr dankbar, wenn das Gesetz noch heute verabschiedet werden könnte, da heute die Frist abläuft, die uns für den Erfolg des Gesetzes bestimmt ist.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Gesetz wird gleich in zweiter und dritter Lesung erledigt und auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die

Änderung des Verkehrs mit Getreide für die Ernte 1921.

Abg. Bornefeld (Ztr.) betont die Notwendigkeit, die freie Wirtschaft einzuführen. Nicht nur die Interessenten aus der Landwirtschaft rufen nach ihr, sondern auch Verbraucherkreise. Unter der Zwangswirtschaft ist die Produktion um 40 Proz. zurückgegangen. Redner protestiert dagegen, daß die für die Landwirte angelegten Mengen von Saatgut viel zu gering veranschlagt sind, und macht im übrigen den Zwischenhandel für die hohen Preise und für die Schiebergeschäfte verantwortlich. Wenn wir nach erfolgter Ueberlegung der Vorlage doch zustimmen wollen, so geschieht das nur in der Voraussetzung, daß die Umlage auf 2 Millionen herabgesetzt wird und dies ein Schritt in die freie Wirtschaft ist. (Bravo.)

Abg. Dünge (D. Vp.): Weil wir die Erzeugung fördern wollen, müssen wir die freie Wirtschaft haben. Wir glauben nicht, daß die freie Wirtschaft einen wesentlichen Mehrverbrauch des Getreides zur Folge haben wird. Die Preise aber werden sinken, wie das schon heute bei der Butter zu beobachten ist. Zudem wird kein Mehl mehr durch unangemessene Behandlung ungenießbar werden und der Ernährung verloren gehen. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen 4 1/2 Millionen in dem Glauben, um so mehr herauszuholen, je höher sie ihre Forderungen stellen. Damit würden sie sich irren. Redner polemisiert sodann gegen die Sozialdemokraten. Zweckmäßiger finde er es, wenn sie den Arbeitern allmählich klar machen, daß die Erfüllung des Ultimatus dazu führen müsse, den Achtstundentag allmählich zu erweitern. Redner tritt nochmals für die Ablehnung der Vorlage und die sofortige Einführung der freien Wirtschaft des Getreides ein.

Die Verbraucher müssen dafür sorgen, daß nicht etwa die Zwischenhändler das Brot nicht verteilen. Wenn werden Sie der Bitte der Bauern gerecht, und haben Sie Verständnis für die Arbeiten des Landmannes? Eine Verteuerung des Brotes wird unannehmlich sein, weil die Reichszuschüsse fortfallen. Warum macht der Reichsminister nicht gleich reines Mehl und hebt den Zwang auf? Das Rundbrot hilft nichts, es muß gebacken werden. (Bravo.)

Abg. Dr. Herz (U. S.): Ich stelle fest, daß fast eine Million Tonnen an Hülsenfrüchten in Ostpreußen an das Ausland verkauft worden sind, und diese zweifelslos den Polen zu gute kamen. Das sei mit Wissen und Willen des Ministers geschehen, obwohl in Ostpreußen eine Misere in Hülsenfrüchten zu erwarten sei. Die Erzeugung steht mit der Ausrüstung nicht mehr im Einklang, ein Beweis für das geringe Verantwortlichkeitsgefühl der Landwirte gegenüber der Allgemeinheit. Den Arbeitern hat man jederzeit den Dank gezollt für ihre Wehrarbeit im Dienste in der Erfüllung des Ultimatus. Ist schon jemals ein Wort des Dankes an die Landwirtschaft vom Minister Hermes gefallen? Die Rechtsparteien betrachten das Umlageverfahren nur als ein Aushängeschild für den Uebergang zur freien Wirtschaft. In der Tat ist die Umlage nichts weiter, als die freie Wirtschaft, verbunden mit hohen Preisen. Jetzt wird aus dem Schleichhandel der Händler ein gesetzlich geschützter Schleichhandel der Landwirte. Stellen Sie wenigstens die Regierungsvorlage in ihrer alten Form wieder her. Unsere endgültige Stellung zu dem Entwurf wird davon abhängen, wie er sich hier im Hause gestalten wird. Die Kontrollbestimmungen müssen unter allen Umständen verschärft werden, damit nicht nur die Christen voll erfüllt werden. Minister Hermes hat innerhalb 6 Monaten seine Ansichten über Mindestpreise völlig umgekehrt. Wenn den Landwirten die Weltmarktpreise, so haben die Landwirte kein moralisches Recht auf diesen Mehrgewinn. Zielmehr muß dieser den Lohn- und Gehaltspfändern zugeordnet werden.

Die Anfänge des Karlsruher Hoftheaters

Von Dr. Rudolf K. Goldschmidt (Heidelberg).

Die nachfolgende Darstellung bildet das Einleitungskapitel zu der Monographie „Eduard Devrients Bühnenreform am Karlsruher Hoftheater“ (Verlag Leopold Mohr, Leipzig), das mir mit Genehmigung des Verfassers hier veröffentlicht.

Mit dem Dienstantritt Devrients in Karlsruhe wurde eine bedeutende Epoche deutscher Theatergeschichte eröffnet. Die Karlsruher Bühne hatte eine, wenn auch nicht lange, so doch in ihrer Bewegtheit reiche und interessante Vergangenheit. Die Anfänge des Karlsruher Hoftheaters, oder richtiger die Vorgeschichte dieser Bühne sind noch unerforscht, und wenn auch Ludwig Schiedermayer in seiner sehr verdienstvollen Untersuchung über „Die Oper an den badischen Höfen des 17. und 18. Jahrhunderts“ in den Sammelbänden der Internationalen Musikergesellschaft (1913) Licht in manche bis dahin noch unbekannte Teile badischer Kunstgeschichte gebracht hat, so fehlt es heute dennoch an einer zusammenhängenden Darstellung der Geschichte des Karlsruher Hoftheaters. Die wichtigste und unbedingt notwendige Vorarbeit hierzu, eine rein statistische Chronik, steht noch aus. Ehe sie veröffentlicht ist, würde jede Gesamtdarstellung unter Irrtümern und Unrichtigkeiten leiden müssen. Das Deutsche Theater erlebte gerade die letzten Jahre seiner schlimmsten Zeiten, als i. J. 1715 Markgraf Karl Wilhelm seine Residenz von Durlach nach Karlsruhe verlegte. Im allgemeinen schloß er sich in seiner „Theaterpolitik“ den größeren Vorbildern jener Zeit an, und wenigstens in den ersten Jahren bildet die Pflege deutsch-italienischer Musik noch die Hauptaufgabe der Kapelle. Vereinzelt hören wir auch in jenem zweiten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts von anderen, besonders kirchlichen Aufführungen. Bis vor ein paar Jahren war — als freilich schon damals seltene, jetzt überhaupt vergriffene Kostbarkeit — der 213 Seiten starke Halbpergamantband eines „Karlsruher Passionsspiels“ vorhanden, dessen ausführlicher Titel lautete: „Die großen Wochen der Karlsruhisch. Fürstl. Hof-Kapelle, d. i. verschiedene geistliche Andachten / womit der hochfürstl. Baden-Durlachische Hof in der sogenannten Karlsruhischen Kapelle, bey denen öffentlichen Gottesdiensten sich des lebendigen Jesu erinnern wird.“ Durlach (1719). Als diese kirchliche Musik in Karlsruhe aufgeführt wurde, hatte der erste Hofkapellmeister Giuseppe Bonaventini, auch Boniventi genannt, nach sechsjähriger Wirksamkeit am markgräflichen Hofe (1712—1718) erst in Durlach, dann in Karlsruhe, die

Abg. Böhm (Dem.) betont, daß so wenig man in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eingreifen wolle, so sehr auch die Freiheit des Landmannes achten müsse. Dem Reichstagsrat müsse er raten, sich nicht durch den Abg. Herz zu überstürzten Vorschlägen verleiten zu lassen. Auch er sei für die freie Wirtschaft. Aber er glaube auch, daß die Bevölkerung die unvermeidliche Preissteigerung werde tragen können. Andererseits werde ein Wegfall der Verwaltungskosten bei Aufhebung der Zwangswirtschaft so große Ersparnisse verursachen, daß diese zur Verbilligung des Getreides ins Gewicht fallen würden. Die Verwendung des Kunstbinders müsse deshalb gesteigert und die beschliegenden Ländereien bestellt werden. Die Preissteigerung für Kunstbinder werde sich natürlich bei den Getreidepreisen geltend machen. Es müsse also ein Ausgleich geschaffen werden, damit die Produktion nicht geschädigt werde. Da sich in der Kommission gezeigt habe, daß das Umlagesystem Gesetz werden würde, haben wir uns darauf geeinigt, dies als Provisorium und als Uebergang zur freien Wirtschaft im nächsten Jahre einstweilen anzunehmen. Es müssen aber Kautelen gegen eine zu große Belastung der kleinen Betriebe geschaffen werden. Daher sollen Betriebe bis zu einem Sektor Weidewirtschaft vollkommener von der Umlage verschont bleiben, im übrigen aber die Umlage gestaffelt werden, wobei die Viehhaltung besonders berücksichtigt werden soll. Redner appelliert an den guten Willen der ausführenden Beamten, Härten bei der Durchführung der Umlagen zu vermeiden.

Die Debatte wird nunmehr abgebrochen.

Das Haus überweist den Entwurf über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht, ferner den Entwurf betr. die Ueberleitung von Reichsangelegenheiten der Konsulargerichtsbarkeit an den Reichsausschuß.

Der Gesetzentwurf über eine vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Antrag der äußersten Linken, jetzt die Sitzung zu verlagern, wird abgelehnt.

Abg. Eckard (Komm.). (Das Haus hat sich inzwischen fast vollständig geleert, es sind fast kaum 30 Abgeordnete im Saal.) Die Zwangswirtschaft allein kann dem Nahrungsmangel abhelfen, verbunden mit dem Anbauzwang. Dem Minister aber, der getreulich mit dem Dienst der Agrarier abgebaut hat, können die Massen kein Vertrauen entgegenbringen. Der Preis des Brotes soll zwei bis dreimal so teuer werden als jetzt. Das ist ein Schlag ins Gesicht des arbeitenden Volkes. Wirt diese Vorlage da nicht wie ein Hohn? Darum fort mit der Regierung, fort mit den Organisationen, die die soziale und kommunische Gemeinwirtschaft hindern.

Das Haus vertagt die Weiterberatung um 7 Uhr abends auf morgen nachmittags 3 Uhr. Außerdem Gesetz über Verlängerung des Kohlensteuergesetzes.

Der Arbeitsplan.

II. Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht.) Der Reichstag des Reichstags beschloß gestern abend in ausgedehnter Sitzung mit dem Beratungsmaterial, das für die nächsten Tage in Aussicht genommen ist. Nachdem am Donnerstag das Gesetz über die Getreidebewirtschaftung erledigt sein wird, soll am Freitag die Interpellation der Unabhängigen über den Fall Garetz und am Samstag die Interpellation über Oberhieschen zur Beratung gelangen. Für Anfang nächster Woche ist das Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaus und das Reichsmietengesetz, sowie die Interpellation über die Sanktionen im Rheinland in Aussicht genommen. Im Reichstag fand ferner eine Besprechung über einige Änderungen des Diätengesetzes statt, zu deren Vorbereitung eine Unterkommission eingeleitet worden ist. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Benutzung von Kleinbahnen durch die Abgeordneten zur Sprache kommen. Ein Beschluß über den Beginn der großen Sommerpause ist noch nicht gefaßt worden.

Unterjagung der Leiche Garcia.

II. München, 15. Juni. (Drahtbericht.) Die Sezierung der Leiche Garcia ergab, daß der Tod erfolgt ist durch eine Gehirnlähmung als Folge der Zerförung des kleinen Gehirns und Ergüßungen der Gehirnmerven mit starken Blutungen der Schädelhöhlen. Die Verletzung war bedingt durch eine am linken Ohr eintreffende Kugelpflanze, die die hintere Schädelkapsel durchlöchernd in der rechten Hinterhauptklappe gendelt hat. Weiter steht nach dem Leichenbefund fest, daß der Schuß aus unmittelbarer Nähe erfolgt ist.

Verhaftung eines Kriegsgewinners.

d. Breslau, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die ausföherende Verhaftung der Inhaber der großen Konfektionsfirma Lewin in Breslau zieht weitere Kreise. Die Firma Lewin, deren Hauptinhaber der Vater der in Haft genommenen Tcho und Waz Lewin ist, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält und gleichfalls von Staatsanwaltschaft gesucht wird, hat im Kriege Gewinne zu verzeichnen gehabt, die von Eingeweihten auf hunderte von Millionen geschätzt werden.

Die belgische Besatzung.

e. Koblenz, 14. Juni. Wie die „Presseinformation“ erzählt, sollen von August ab nach einem Beschluß des belgischen Reichsrats die belgischen Truppen im Rheinland um 2000 Mann verringert werden und eine stabile Besetzung durchgeführt werden. Dazu werden besonders die Mannschaften des jungen Jahrganges herangezogen, die künftig ihre ganze Dienstzeit auch in der Besatzungsarmee verbringen sollen. Die Hauptübungen finden in Zukunft regelmäßig auf den Schießplätzen Eschborn und bei Düsseldorf statt. Auch steht vorübergehend der Schießplatz Wahn bei Köln zur Verfügung.

Residenz bereits wieder verlassen. Er hatte ein für damalige Zeiten glänzendes Gehalt von 500 Gulden bezogen, außerdem ward ihm — übrigens eine an den damaligen „Hofbühnen“ gar nicht seltene Sitt — ein Bedienter zur persönlichen Verfügung gestellt. Italiener (aus Venedig) war auch der erste Bassist Natale Bettinardo, der als katholischer Priester zugleich die kleine katholische Gemeinde mit seelsorgerisch zu verwalten hatte (!). Priester und Sänger zugleich zu sein, ward freilich nur einem Italiener gestattet. Der deutsche Bühnenkünstler hätte Vorurteil und Verachtung des Volkes nicht überwinden können. Die italienischen Bühnengestirnen hatten natürlich auch ihre große „Dienstwohnung“. Erster Ballettmeister war der Franzose Marc Antoine Mißoly aus Montpeller mit einem Jahresgehalt von 750 Gulden, wie ja gerade als Tänzer die Franzosen sehr beliebt waren. Im übrigen hatte Karl Wilhelm im Gegensatz zu den meisten andern Fürsten jener Zeit — auch sehr viele Deutsche unter seinen Theaterangehörigen. His Hofkapellmeister werden noch Enoch Blinzig, Kasimir Schweigelsperg genannt. Dieser, auch als Kapellmeister Schweigelsperger bekannt, war vom Hoftheater in Koburg gekommen. Später übernimmt Johann Philipp Käferle, der Jüngere, die Leitung der Kapelle.

In Karlsruhe scheint erst im vierten Jahre nach der Gründung, 1719, sich etwas künstlerisches Leben entwickelt zu haben. So lange mußte es wohl gedauert haben, bis der 1717 nach Karlsruhe übergesiedelte Hof sich eingerichtet hatte. Aus diesem Jahre 1719 haben wir das Passionspiel bereits erwähnt, und im selben Jahre wird auch berichtet, daß vor meist geladenem Publikum Operetten, Singspiele und Ballette in der Regel in Antikrüppel der Hoffestlichkeiten gegeben wurden. Als erste Aufführung wird die Schöperoperette Zelinde genannt. Der neue Karlsruher Hofkapellmeister und Käfers Nachfolger, Johann Welsch, Molter, geht 1719 auf ein Jahr zum Substitut der Italiener nach Venedig. Molter war einer der fruchtbarsten Komponisten unter den Instrumentalmusikern seines Jahrhunderts. 1733 wurde er Kirchenmusikdirektor in Eisenach.)

Ein großer Stab von Choristinnen und Tänzerinnen, die zum Teil aus den Dörfern der Hardtgegend und des Pfingtaues herbeigeholt waren und ein nicht geradezu tugenhaftes Leben führten, verurteilten die Ausgaben des Hofes für das Theater beträchtlich. Daß trotz des jungen Alters der Residenz die Karlsruher Hofkapelle auch im deutschen „Ausland“ wie Hamburg großes Ansehen genoss, beweist wohl auch der Umstand, daß der berühmte Hamburger Komponist und Dirigent Reinhard Keiser, der Begründer der ersten

Aus Baden.

Der Landtag in Mannheim und Schwetzingen.

Das Staatsministerium hat den Landtag zu einer Besichtigung des Schlosses und des Schloßgartens in Schwetzingen einladend. Dieser Besuch, der auch einem Wunsch der Mannheimer Stadtverwaltung entspricht, wird voraussichtlich am 25. Juni erfolgen.

Das Grundstücksperzgesetz im badischen Landtag.

Die Badische Politische Korrespondenz schreibt zu der Mitteilung des Gesetzes durch den badischen Landtag: „Der Landtag hat in seiner letzten Plenarsitzung den Gesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes vom 15. April 1918 über den Verkehr mit Grundstücken (im folgenden kurz „Grundstücksperzgesetz“ genannt) durch Vorläufer in einem Gesetz vom Jahre 1917, das dazu bestimmt war, dem Ankauf und der Zerstückelung landwirtschaftlicher Güter während des Krieges und der Uebergangszeit entgegenzutreten. Am 15. April 1918 wurde ein neues Grundstücksperzgesetz erlassen, das eine wesentliche Erweiterung des alten Gesetzes bedeutete.“

Dieses neue Gesetz hatte sich in seinem Paragraphen 12 eine Geltungsdauer nur bis 31. Dezember 1920 beigelegt. Mit einem Gesetz vom 22. Dezember 1920 wurde die Geltungsdauer des Grundstücksperzgesetzes zunächst bis 15. Mai 1921 verlängert und am 11. Mai 1921 wurde als Endtermin der 15. Juni 1921 festgesetzt. Auf diesen Tag war somit eine endgültige Regelung zu treffen.

Der Hauptzweck des Grundstücksperzgesetzes war gut und erstrebenswert: es sollte verhindert werden, daß der Grund und Boden im großen Umfange Spekulationsobjekt werde und damit wichtige Interessen weitester Kreise des Volkes gefährdet würden. Die Erhebungen über die bei Anwendung des Gesetzes durch die beteiligten Behörden — insbesondere die Gutachten der Notariate — ergaben in einem sehr beschränkten Umfange erreicht worden war. Die Beteiligten sahen sich in den meisten Fällen außerstande, Spekulationskäufe zu verhindern, da ihnen die wirkliche Höhe des Kaufpreises gar nicht mitgeteilt, sondern nur ein mäßiger Kaufpreis genannt wurde; unter der Hand zahlte dann der Käufer eine viel höhere Summe. Das Gesetz wurde also in sehr vielen Fällen umgangen, es reichte, wie so manch anderes Gesetz der Zwangswirtschaft, förmlich zu wissentlich falschen Angaben, also zur Unmoralität. Es hatte daneben die weitere nachteilige Folge, daß im badischen Grundbuch eine ganze Reihe von falschen Einträgen über die Kaufpreise von Grundstücken entstanden. Sprechen diese Momente gegen das Grundstücksperzgesetz, so gab es auch wichtige Gründe dafür, zu den letzteren gehörten vor allen die Erwägung, daß das Reich eine reichsgesetzliche Regelung des Grundstücksverkehrs plant und daß es daher nicht richtig ist, in Baden vorübergehend alle Beschränkungen des Grundstücksverkehrs fallen zu lassen. Ferner ist selbstverständlich, daß wenigstens in einigen Fällen der an sich gute Zweck des Gesetzes erreicht worden ist.

Die badische Regierung legte dem Landtag einen neuen Gesetzentwurf für ihr endgültiges Perzgesetz, dessen Geltungsdauer nicht beschränkt war, vor und der Verfassungsausschuß hat sich in eingehenden Beratungen mit diesem Entwurf befaßt. Er hat eine Reihe von Verbesserungen angebracht und eine mit 15 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung vorgeschlagene neue Fassung des Gesetzes raten lassen. In einer lebhaften Aussprache wurde gestern auch einmal das für und Wider erörtert. Vom Zentrum und von der deutsch-demokratischen Fraktion erklärten sich ein Teil der Abgeordneten für, ein anderer Teil gegen das Gesetz, während die Deutschen nationalen geschlossen dagegen, die Sozialdemokraten geschlossen dafür sich aussprachen. Der Gesetzentwurf hätte zur Annahme die 2/3 der zur Verfassung vorgeschriebene Mehrheit von mindestens 2/3 der Landesgesetzgebenden Stimmen, bei Anwesenheit von mindestens 1/2 der Landesgesetzgebenden bedurft. Bei der Abstimmung über den § 1 des Entwurfs stellte sich heraus, daß diese Mehrheit nicht vorhanden war, der Entwurf also abgelehnt wurde. Infolgedessen beantragten die Abgeordneten Dr. C. Loewner, Dr. Baumgarten und Dr. Lejer, die sich im Verfassungsausschuß bei dem Entwurf des Paragraphen 5 und der damit zusammenhängenden Bestimmungen des Paragraphen 7 und des Entwurfs. Diese Bestimmungen des Paragraphen 7 und des Entwurfs. Diese Bestimmungen des Paragraphen 7 und des Entwurfs.

Wer an Hühneraugen leidet, hüte sich mit dem Messer zu schneiden. Völlig schmerzlos, dabei erstaunlich schnell wirkend ist das in allen Drogerien und Apotheken erhältliche Hühneraugen-Leberöl. Während Hornhaut auf der Sohle durch Leberöl-Beimischen schnell vorübergehend entfernt wird. Die Mittel verru sehen nicht und heilen nicht an drumpfen. Preis 2 u. 3 Mk. Drogerien G. Ellinger, Kaiserallee 65, R. W. Lang, Kaiserstr. 24, C. Roth, Herrensberg, Drogerie Walz, Kurlvenne 17, Badenia-Drogerie, Kaiserstraße 245

Wer an Hühneraugen leidet, hüte sich mit dem Messer zu schneiden. Völlig schmerzlos, dabei erstaunlich schnell wirkend ist das in allen Drogerien und Apotheken erhältliche Hühneraugen-Leberöl. Während Hornhaut auf der Sohle durch Leberöl-Beimischen schnell vorübergehend entfernt wird. Die Mittel verru sehen nicht und heilen nicht an drumpfen. Preis 2 u. 3 Mk. Drogerien G. Ellinger, Kaiserallee 65, R. W. Lang, Kaiserstr. 24, C. Roth, Herrensberg, Drogerie Walz, Kurlvenne 17, Badenia-Drogerie, Kaiserstraße 245

deutschen Nationalen Oper in Hamburg, nach Karlsruhe als Gast kam und wie zwei Jahrzehnte später der Direktor des Meßias ernstlich daran dachte, dauernd in der badischen Residenz zu bleiben. Die Verhandlungen scheiterten aber und Karlsruher Hoftheater nach Stuttgart, wo er drei Jahre bis zu seiner Ueberführung nach Kopenhagen (1722) weilte. Ein wirklich künstlerische Arbeit darf man in dieser Zeit nicht denken, wenn man sich den Aufführungen oder den aufgeführten Werken eine richtige Anschauung verschaffen will. Gräuliche, das Erotische bis ans Döhnne kreisende Texte bildeten hier wie überall an deutschen Bühnen die Libretti zu einer meist epigonal-ekfektiven Musik. Lessings und Glucks Reformation der deutschen Bühne hatte eben noch nicht eingesetzt.

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts haben die Aufführungen der markgräflichen Bühnen in Karlsruhe in dem östlichen, also der heutigen Waldhornstraße liegenden Flügel des Schlosses, der Oper- und Ballhaus genannt wurde, stattgefunden. Als 1733 der Markgraf infolge der ungünstigen politischen Verhältnisse nach Baden ging, war es mit der Herrschaft des „Residenztheaters“ rasch vorbei, das Personal wurde auf das Notwendigste beschränkt. Nach geringeres Interesse hatte am Wiederanbau der Hofkapelle und des Theaters nach dem 1738 erfolgten Tode Karl Wilhelms dessen Witwe Magdalena Wilhelmine und der Vormund des Thronfolgers Karl Friedrich, der Markgraf Karl August. Anders wurde es wieder, als 1746 der 13jährige Erbprinz Karl Friedrich selbst die Regierung der Markgrafschaft antrat. Bereits im folgenden Jahre weilte die „Bande des Franz Schuß“ (auch Schuß oder Schuch) aus Wien in Karlsruhe und führt dort allerhand Stücke im „Gefchmacke“ der Zeit auf. Ganz so schlecht können übrigens die Stegreifschwänke Schuchs nicht gewesen sein, denn Johann Lessing lobt sie und Schuch hat später in Berlin und Dresden als Prinzipal große Erfolge errungen.

Wir kommen nunmehr in der Theatergeschichte in die Herrschaft der sogenannten „Prinzipalschafften“. Die Reuberin leitete die Schafften ein. Von Bedeutung sind in der Folge die Gesellschafften von Johann Friedrich Schömann, Koch, Adermann, Parvus (Parvus), Seyler, Schröder u. a. Die große Zeit des deutschen Theaters beginnt. Kreuz und quer durch Deutschland fahren diese Gesellschafften und 1757 kommt auch Parvus aus Prag nach Karlsruhe. Um 1750 hatte der Umbau des Schlosses begonnen, das Theater mußte aus dem Oper-Ballhaus-Flügel des Schlosses weichen und bekam ein eigenes bescheidenes Heim im Hofhof auf dem Platz, wo jetzt die Orangerie steht. Ueber die Preise, die man damals

...Mehrheit abgelehnt. Die Verantwortung dafür, dass nunmehr überhaupt eine gesetzliche Regelung nicht mehr erfolgte, ist die Fraktion des Abgeordneten Marum zu tragen.

Nachdem das Grundstücksperregesetz nicht mehr besteht, ist zu erwarten, dass die Regierung die Befreiung des Reichsanwalters von den Beschränkungen der landwirtschaftlichen Grundstücke vom 15. März 1918 für Baden in Kraft setzt. Diese Befreiung wird bezüglich der landwirtschaftlichen Grundstücke die Zwecke erreichen, die das bisherige Perregesetz erreichen wollte.

1) Friedrichstal (Amt Karlsruhe), 15. Juni. Bei dem Gesangsverein "Viedertranz" in der Klasse A (über 80 Sänger) mit 70 Punkten den 1b-Preis. In derselben Klasse erhielten Gesangsvereine Nächstbühnenbauer Junfer & Rud-Karlsruhe mit 72 Punkten den 1a-Preis (wie schon berichtet) und "Viedertranz"-Kirchlag mit 68 Punkten den 1c-Preis.

2) Ettlingen, 15. Juni. Die verstümmelte Leiche, die vor einigen Tagen auf dem Bahnhöfen der strategischen Bahn beim Forstheimer Bahnhof aufgefunden wurde, ist als diejenige des Berthold M u h r aus Schuttern erkannt worden. Wie bekannt wird, sollen sich bei dem jungen Manne Spuren von Geistesstörungen gezeigt haben, woraus schließlich das Unglück zu erklären ist.

3) Wiesental (A. Bruchsal), 15. Juni. Die Spargelernte neigt sich dem Abschluss zu. Was die Quantität anbelangt, so sind die Erträge mit dem Ertragsriß recht zufrieden, dagegen liegt die Qualität im wesentlichen übrig. Infolge der lange anhaltenden Trockenheit konnten die Früchte nicht in wünschenswerter Weise entwässert werden und blieben dünn, so daß es viel Abfall gab. Auch der Preis blieb unter den gehegten Erwartungen zurück. Die in den letzten Tagen, unter auch nur spärlich, niedergeschlagenen Regenfällen haben in mehreren Fahren wahre Wunder gewirkt. Der Roggen sieht sehr schön und reibungslos, während die übrigen Getreidearten trotzteiligen Kartoffeln, Dillröhren und Mais haben sich rasch erholt, wogegen Getreide und Weizen teilweise umgedert und neu bestellt werden mußten. Der Ertrag der Kleider ist gering und auch die Preise liegen wenig. Die Futterpreise sind fast unerwähnt. So haben in den letzten Tagen in unserer Nachbarschaft Grasversteigerungen statt, wobei der Zentner hier auf hundert Mark und darüber zu sehen kommt. Die Folge davon wird ein Rückgang unseres Viehpreises sein.

Mannheim, 15. Juni. Auf unsere Nachricht hin, daß der Bezirksbeamte des Bezirksamts, H. Welbagen, sich der Unterschlagung von 5000 Mark schuldig machte, wurde uns von Vorstand des Mannheimer Jahrestages, Zweigverein, 14. U. A. mitgeteilt. Die in "Mittagsblatt der Badischen Presse" vom 23. Mai 1921 veröffentlichte Mitteilung ist infolgedessen richtig zu stellen, daß Welbagen die Unterschlagung als Finanzbeamter des Bezirksamts begangen hat. Welbagen ist niemals Zahlmeister gewesen.

11. Mannheim, 15. Juni. Nach der Mannheimer "Volkstimme" sind bei den Stellen, die im Bezirke Mannheim als Lager der Reichsweinfeste befristet wurden, etwa 2500 Ztr. Getreide (Weizen, Roggen und Gerste) beschlagnahmt worden.

12. Wiesbaden (b. Mosbach), 15. Juni. Dem Bremser Nedarman aus Waldbrunn wurde auf der hiesigen Station ein Bein und an anderen Füße drei Zehen abgefahren.

13. Seckach, 14. Juni. Gemeinderat Heinrich Baier wurde zum Bürgermeister gewählt.

14. Lauda, 15. Juni. Der Burschenschaftler-Lauberggründer Sengerbund hält am 3. Juli in Lauda einen Sängertag ab, an dem 36 Vereine mit über 1100 Sängern sich beteiligen werden.

15. Neustadt, 15. Juni. Vergangenen Sonntag wurde im Gasthaus "Schiff" ein Arbeiterbildungsansatz ins Leben gerufen. Der Vorsitz der Versammlung führte Elektromonteur Alfred Schmitt.

16. Offenburg, 15. Juni. Am vergangenen Sonntag hatten sich die Delegierten deutschdemokratischer Ortsvereine aus allen Kreisen hier zusammengefunden, um über die Bildung deutschdemokratischer Arbeitervereine innerhalb der Ortsvereine der Kreisgruppe Offenburg zum Veranlassung zu beraten. Die Tagung wählte den Stadtverordneten Dr. H. S. Offenburg zum Veranlassung. Nach einem längeren Referat des Stadtverordneten Siegel-Karlsruhe und nach einer energiegelassen Aussprache wurde einstimmig beschlossen, in den Ortsvereinen die Bildung von Arbeitervereinen anzuregen. Diese Arbeitervereine haben die Aufgabe, wirtschaftliche und soziale Interessen der Arbeitnehmer innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei und in enger Zusammenarbeit mit ihr und den übrigen in der Partei vertretenen Berufsständen zu vertreten. Die örtlichen Arbeitervereine sollen innerhalb der Landtagswahlkreise und diese wieder innerhalb eines Landes zusammengefaßt werden. Der Vorstand der Arbeitervereine in Baden wurde wie folgt gewählt: Seibel, Seibel, Siegel-Karlsruhe, Vorsitzender; kaufmännischer Angestellter Seibel-Karlsruhe, Schriftführer. In den Reichsausschüß deutschdemokratischer Arbeitnehmer wurden gewählt: Siegel-Karlsruhe und Seibel-Offenburg.

17. Bringen a. R., 15. Juni. München wird hauptsächlich aus dem Grunde mit Kirchen besetzt. Offenbar infolge des Generals, der dort ausgebrochen ist, hat die Nachfrage nach Kirchen rasch nachgelassen. Die Folge davon ist, daß die Händler des Pfund Kirchen nur noch 1.40 bis 1.70 Mk. bezahnen.

18. G. Georgen, 15. Juni. Der zum stellvertretenden Direktor des Deutschen Bank ernannte Herr Fritz Wintermantel in G. Georgen ist ein Sohn unserer Stadt. Sein Vater war der verstorbenen Bürgermeister.

19. Konstanz, 10. Juni. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat die Anträge auf der Gemartung Moos, Amt Konstanz, unbeschadet der Zugehörigkeit zur katholischen Pfarrei und Pfarrkirchen-

gemeinde Böhltingen zur katholischen Filialkirchengemeinde Moos vereint.

Plus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. Juni 1921.

Die Milliarden, die der Postverkehr anhäuft.

Die Kapitalien, die der Postverkehr den Verwaltungen zur Verfügung stellt, sind recht beträchtlich, nirgends aber so hoch, wie im Deutschen Reich, wo sie jetzt ungefähr 7 Milliarden betragen. Genau betrug das durchschnittliche Guthaben der Kunden der deutschen Postämter im April 1921 6982 Millionen. Einigen dieser Summe nahe kommt lediglich Ungarn, das trotz seiner Verkleinerung immer noch ein Guthaben von 2700 Millionen Kronen hat, allerdings in einer Währung, die noch geringeren Wert auf dem Weltmarkt aufweist. An dritter Stelle steht die Tschecho-Slowakei mit 1891 Mill. Kronen, was weit mehr bedeutet, als das Guthaben der ungarischen Postbesitzer. In beträchtlichem Abstände folgt Deutschland mit 356 Millionen. Zu diesen drei Ländern mit einem alten Postverkehr kommt die Schweiz mit 121 Millionen Franken, die Niederlande mit 93 Millionen Gulden, dann Luxemburg mit 88 Millionen Franken, Danzig mit 14 Millionen Mark, Italien mit 8 Millionen Lire und endlich Dänemark mit 6 Millionen Kronen. Auf das Verhältnis der verschiedenen Währungen gebracht, würde allerdings die Ordnung weit anders lauten.

1) Kinder-Sonderzug. In vergangener Nacht 12.55 Uhr traf aus Halle (Saale), über Schwesingen kommend, ein Sonderzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein, der mehrere hundert Kinder aus Norddeutschland zu längerem Erholungsaufenthalt nach der Schweiz bringt. Hier stiegen etwa 30 Kinder zu, die aus Nürnberg, München und Stuttgart gekommen waren. Um 1.15 Uhr fuhr der Sonderzug nach Basel weiter.

2) Belgien hat den Postanweisungsverkehr in der Richtung nach Deutschland wieder aufgenommen. Vom 15. Juni an sind auch Postaufträge und Postmaßnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf Briefen und Kästchen mit Wertangabe nach und aus Belgien wieder zugelassen.

3) Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Fast alle größeren Zahlungen an die Post - Einzahlungen auf Postanweisungen und Zahlkarten, Bezahlung von Wertzeihen, Fernsprechgeldern, Zeitungsgeldern, Mieten, Schließfachgebühren usw. - können unter gewissen Voraussetzungen bargeldlos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbankchecks, Postüberweisungen, Postchecks und Platzanweisungen beglichen werden. Überweisungen und Checks von Behörden und befristete weiche Checks gelten ohne weiteres als Bargeld. Auf sonst werden Postanweisungen und Zahlkarten abgehandelt und Wertzeihen ausgedrückt, ohne daß die Gutschrift abgewartet wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Postanstalt schriftlich zu beantragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise berechtigen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück, weiter- oder zum Protest zu geben sind. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

4) Vollzug des Lichtspielgesetzes. Nach § 17 des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 waren sämtliche vor Inkrafttreten des Gesetzes hergestellten und im Verkehr befindlichen Bildstreifen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes einer Prüfung zu unterziehen. Diese Frist ist am 29. Mai abgelaufen, so daß von diesem Zeitpunkt an nur noch Bildstreifen, die von einer der Reichspräzisen (Berlin, München) geprüft und zugelassen sind, vorgeführt werden dürfen. Von demselben Zeitpunkt an finden die Vorschriften des Lichtspielgesetzes auf sämtliche Bildstreifen Anwendung. - Eine Zensur der Bildstreifen durch die Ortsprüfungsbehörde, wie sie in § 17 des Gesetzes vorgesehen ist, kommt sonach nicht mehr in Frage.

5) Vorfall beim Bezug von Trübsantwein. Der öffentlichen Unternehmungsanstalt in Offenburg sind in letzter Zeit von privater Seite wiederholt Proben von Trübsantwein zur Unteruchung vorgelegt worden, die mit Brennspiritus verschnitten waren. Desgleichen wurden abnorm hohe Gehalte an gebundener Schwefeliger Säure - bis zu 1 1/2% - in Branntweinen festgestellt. Dem Publikum wird im eigenen Interesse empfohlen, beim Bezug von Trübsantwein vorsichtig zu sein und bei Verdacht der Fälschung dem nächsten Bezirksamt Anzeige zu erstatten.

6) Selbstmord. Am 14. Juni d. J. beging eine verwitwete Handlerin in der Altstadt Selbstmord, indem sie den Gashebel in ihrer Küche öffnete und den Tod fand. Das Motiv ist noch unbekannt.

7) Verhaftet wurden: ein Metzger, ein Bäcker, eine Kellnerin wegen Diebstahls, ein Händler wegen Hehlerei, ein Schlosser wegen Fahradiebstahls, ein Ingenieur wegen Urkundenfälschung, ein Kaufmann wegen Sittlichkeitsverbrechens, ein Schneider wegen Betrugs, ein Kaufmann wegen Unerlaubten Handels mit Salzfarn und drei Frauenspersonen wegen Verdachts der Gewerbsuntersuchung.

8) Na. Huldbigung der Rosenkönigin. Man schreibt uns: Sonnwendzeit! Die Tage stillblühenden, berauschenden Glüdes haben angebrochen. Alle Sommerfarben, die die Natur in ihrem Schatzkästlein verschlossen hielt, hat sie draußen entzündet. Sträuher und Büsche reden sich jetzt vor dem bewundernden Menschenauge im Hochzeitskleide. Die ippig grünen Gärten bergen ein festlich Leben: Gleich einem roten Saum zieht sich der Rotdorn schüßend um sie herum, in den Gartenheden oder inmitten eines Randells prangt der Goldregen, dem die goldigen Trauben wie schwere Früchte am grünen Gewand herabhängen. Wievieler Ziertrücker blühen und duften umher und beschwören einen bestemmenden Zauber herauf! Aber all die duftenden Wunder verfließen vor der herrlichen Gabe, die uns

mußt zu stellen, sondern auch an den Sonn- und Festtagen kirchlich-musikalische Aufführungen, sowie Tafel- und Ballmusik bei den Hoffesten zu betreiben. Nachdem Vogel zwei Jahre in dem auf dem jetzigen Plage neu erbauten Hause, dem 1847 abgebrannten Theater mit einer bedeutenden Subvention (16000 Gulden, freie Heizung, Beleuchtung) das Theater finanziell wenig erfolgreich geführt hatte, kaufte der Hof Vogel für 14000 Gulden den Fundus ab und erklärte das Theater zum Hoftheater. Vogel zog sich zurück, nachdem ihm schon 1809 ein großherzoglicher Aufsichtsbaurat beigegeben war. 1810 wurde Franz Stadhorn von Starck zum Oberleiter bestellt, am 1. November 1811 das Theater endgültig zum Hoftheater umgewandelt und Stadhorn wurde der erste Intendant. Rasch lösten sich in der Folge die Intendanten ab: v. Hade, Frhr. v. Ende, 1816 dann Kammerherr Du Bois de Gresse, 1819 Freiherr Caspary von Altheim. Bedeutung erlangte in diesen Jahren die Oper unter Franz Danzi (1763 bis 1826) und vor allem von 1815 bis 1826 unter dem auch als Komponist bedeutenden Ernst Resca. Freilich fehlte es auch nicht an Worten scharfer Kritik. Im Jahre 1821 wurde ein aus Hofbeamten, Künstlern und Bürgern zusammengesetztes Komitee unter dem Vorhise von Regisseur Wemer und Rat Keller zur Leitung der Bühne bestellt. Ende 1822 wurde der damals 24jährige badische Gardeleutnant Joseph Freiherr von Auffenberg zum Komiteemitglied ernannt, bereits im folgenden Jahre ward er Präsident dieses Ausschusses. Er hatte das Glück, in Joseph Strauß, dem ersten Karlsruher Wagnerdirigenten, einen Musiker und Kapellmeister von hohen Fähigkeiten zu finden, der mit Schnelligkeit und künstlerischem Eifer alle bedeutenden musikalischen Bühnenwerke jener Zeit auf die Bühne brachte. Weniger gut war es mit dem Schauspiel bestellt, was verfiel die Bühne über treffliche Solisten (Karoline Bauer, die spätere Gemahlin der Herzogs Leopold von Koburg, Amalie Saizinger u. a.), aber die aufgeführten Stücke, besonders die Werke Shakespeares, mußten sich die schlimmsten Beurteilungen gefallen lassen. Mit dem Komitee war man begreiflicherweise in Karlsruhe unzufrieden. Denn eine mehrgliedrige Intendant hat beim Theater noch niemals Erprobung gefunden. 1831 wurde das Komitee wieder aufgelöst und Auffenberg führte die Bühnengeschäfte ein Jahr lang allein weiter. Ihm folgte 1832 Graf zu Leiningen-Neudau. Er war ein kunstsinziger, enthusiastischer, junger Kanaster, und was Lust und Eifer eines vornehmen Dilettanten bei der Leitung einer Bühne nützen können, ist der Karlsruher Bühne durch Graf Leiningen zuteil geworden: jeine Intendant bezeichnet die seitherig beste Periode dieser Bühne.

der Juni beschert: der Rose! Nun endlich hat sie sich voll und ganz dem immer heißer werdenden Lichte erschlossen und duftet betörend in den frühommerlichen Tag hinaus. Sie, die Rose, sie ist für uns so der Inbegriff alles Wünschens und Sehens, aller Schönheit und Gelüste, sie, die jetzt draußen in tausend Farben, vom zarten Blau bis zum tiefsten, glühendsten Dunkelrot. Ihr, der Königin der Blumen, der Rose, soll daher die Huldbigung gelten, die am nächsten Samstag nachmittag im Stadtpark von vielen Mädchen, von der blühenden Jugend dargebracht wird. Und es werden da in symbolischer Weise frische Farben, Licht und Sonne und Lachen zu einem frühlichen Klang zusammenstimmen. In langer Kette wird der Kindezug, dem eine besondere Idee auf Grund künstlerischer Motive des Karlsruher Kunstmalers Hellmuth Eichrodt zugrunde liegen wird, mit Rosenbogen und blumengeschmückten Stäben, in hellen Kleidern und vielfarbigen Bändern einherkommen und bunte Gruppen in verschiedenster Aufmachung und verkörperte Blumen, wie Orchideen, Glodenblumen u. a., Abgesandte aus fernem Jenseit, Vertreterinnen der heimischen Blumenflora, endlich gar ein Wagen aus dem Märchenlande, der das erwachende Dornröschen bergen wird, werden in ihm vertreten sein. Und hoch oben auf dem Sammetthron wird die Rosenkönigin die frohe, vorbeifließende Schar begrüßen, ihre huldbigenden Weisen und Reigen entgegennehmen und aus ihrem schwerbeladenen Kränze selbst köstliche Gaben spenden. Möge diesem Rosen- und Blumenfeste der Wettergott hold sein, das ist heute der Wunsch Aller, Groß und Klein, die sich gewiß in Scharen am Samstag im Stadtpark ein Stelldichein geben werden.

Turnen / Spiel / Sport.

1) Jugendherbergen im Odenwald. Bisher hat in Baden nur das Schwarzwaldgebiet die Einrichtung der Jugendherbergen gekannt. Jetzt soll aber auch für den ganzen Odenwald, der bekanntlich auf badischen und hessischem, zum kleinen Teil auch auf hessischem Gebiet liegt, ein Netz von Jugendherbergen vorbereitet werden, die gegen ein geringes Kopfgeld allen Jugendwanderern offenstehen sollen. Es hat sich ein Ausschuß für deutsche Jugendherbergen im Odenwald gebildet, dessen Vorsitzender - Direktor Kiffinger aus Darmstadt - in Heidelberg vor einigen Tagen einen Vortrag hielt. Er erkannte rückhaltlos die Ausmüchte an, die beim Jugendwandern eingebracht sind. Aber er leitete gerade daraus die Notwendigkeit ab, das Jugendwandern in die richtigen Bahnen zu lenken, denn wandern muß unsere Jugend zur körperlichen Stärkung und geistigen Förderung. Es müssen Führer ausgebildet werden, und deshalb ist beabsichtigt, am 8. Juli in Heidelberg einen großen Jugendwandertag abzuhalten. Neben der Heranbildung von Führern ist das Hauptziel die Schaffung von billigen, anständigen Übernachtungsmöglichkeiten ohne Alkohol- und Raucherzettel. In Heidelberg ist eine Ortsgruppe des Zweigausschusses für Jugendherbergen im Odenwald gegründet worden, die vor allem an die Einrichtung und Unterhaltung einer Jugendherberge in Heidelberg gehen will.

2) Georg Wunderlich (Helvetia-Bodenheim, früher Spielvereinigung Fürtth), der bekannte Fußballspieler, mehrfacher deutscher Internationaler, ist beim Schlußspiel um die Meisterschaft des Frankfurter Fußballbundes, das Helvetia nach scharfem Kampfe mit 2:1 gegen 1. F.C. Riedelheim 1902 gewann, schwer verunglückt. Wunderlich wurde, als er einen Kopfstoß ausführen wollte, unterlaufen und fiel so unglücklich, daß er Verletzungen der Wirbelsäule davontrug, deren Folgen noch nicht abzusehen sind.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Man schreibt uns: Ich erlaube mir, an dieser Stelle der Schloßgartenverwaltung einen Umstand darzulegen, der für viele Arbeiter bzw. Anwohner, die ihren Weg zur Arbeitsstelle durch den Schloßgarten nehmen, managenehme Folgen hat. Um 7 Uhr früh ist der Ausmarsch aus dem Schloßgarten bei der Bismarckstraße nach geschlossen. Um pünktlich bei der Arbeitsstelle zu sein, bleibt den wartenden Frauen und Männern nichts anderes übrig, als das Tor zu übersteigen. Die Frauen können das allerdings nicht und müssen den Mühsal noch einem andern Ausmarsch anstreuen und für gewöhnlich den für sie großen Umweg über den Arret nehmen. Es ließe sich sicherlich einrichten, daß das Tor neben dem Bismarckischen Gartengebäude schon vor 7 Uhr früh geöffnet würde. Wobei eben davon, daß der Weg durch den Schloßgarten für viele nicht ist, will ich mich mander durch Selbstmord in der schönen Natur für die ihm bevorstehende Arbeit stärken. Die Schloßgartenverwaltung würde sich den Dank vieler erwerbender durch Abhilfe des oben erwähnten Mißstandes. Einer für viele.

Advertisement for 'Schweizer Pillen' (Swiss Pills) by Apotheker Rich Brandt. The ad features a circular logo with a cross and the text 'Schweizer Pillen' and 'Apotheker Rich Brandt'. Below the logo, it says 'wurde dieses' and 'Seiden für'. At the bottom, it reads 'Apotheker Rich Brandt's Schweizerpillen (Abführpillen) als Schutzmarke eingetragen. Vor Nachahmung wird gewarnt. A. G. vorm. Apotheker Richard Brandt, Schaffhausen (Schweiz) und Sinaen a. Sodenwiler (Baden) 11855'.

Barcus Zeiten zahlte, darf man sich keine Illusionen machen. Opernbesucherinnen hatten Zutritt zu den Logen und zahlten nach dem gewöhnlichen Guldentum und Wochswollen, auf den übrigen Plätzen bezahnten sich die Preise zwischen 4 und 12 Kreuzer. Als nächste bedeutende Gesellschaft nach Barcus finden wir 1761 hier sofar die Schloßkapellmeister Konrad Adernann, der drei Jahre später ja in Hannover die logen. Hamburger Schule der Schauspielkunst begründete. Nach die in seiner Geschichte der Stadt Karlsruhe unter Bedauern hingewiesen, daß man den Karlsruher Spielplan der Adernann'schen Truppe nicht kenne. Vielleicht stellt der noch zu suchende Biograph des großen Prinzipals durch Rekonstruktion aus den aufführungsberichten der übrigen Städte, in denen Adernann nach und nach, Karlsruhe gafferte, die Liste zusammen.

Nach dem Anfall der Markgrafschaft Baden-Baden wurde auch die Kapelle wieder erweitert. 1765-1776 war Giacinto Scialto Kapellmeister, nach dessen Tod Jos. Moos Schmittbauer (geboren im November 1718 in Bamberg, gestorben 24. Oktober 1809 in Karlsruhe). In den sechziger Jahren beehrte auch Glück die badische Bühne mit seinem Besuche. Schmittbauer galt als besonders hermitischer Guldinterpret. Von den Gesellschaften, die in der Folgezeit in Karlsruhe weilten, der Bernerischen (Felix Berner) und der August Döbler, Koberwein, Bulla und Appelt interessierten sich nur die beiden letzten. Bulla und Appelt erhielten den Titel markgräflich badischen Hofkapellmeisters; außerdem wurde ihnen das Theater, die Kapelle mit samt dem Hofkapellmeister zur freien Verfügung gestellt. Dennoch hatte Appelt mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein Plan des Fürsten, das Theater in eigene Verwaltung zu nehmen, wurde rasch wieder fallen gelassen. Mozart, Dittersdorf, Pergolese erschienen auf dem Spielplan. Als schließlich dennoch den finanziellen Zusammenbruch anzeigten, übernahm der Markgraf Appelt's sämtliche Lasten. Appelt ward selbstbezahlter Angestellter. 1790 übernahm er das Theater wieder auf eigene Rechnung. Bereits zwei Jahre später er den Betrieb der Bühne infolge der französischen Revolution übergeben mußte und der sich anschließenden politischen Wirren wieder verlassen lassen. 1797 nimmt er auf kurze Zeit seine Tätigkeit auf. Der Schauspieldirektor Vogel bringt dann von 1803 an unter Kapellmeister Leona Goethe und Schiller, ferner Mozart, Cherubini, Schmittbauer wurde Oberkapellmeister, Johann Adam geborener Regensburger, Musikdirektor. Die Hofkapelle hat also unabhängig von den Prinzipalschaften auch in den Jahren weiter bestanden, hatte sie doch nicht nur die Bühnen-

So urteilt Deorient selbst in seiner Geschichte der deutschen Schauspielkunst. Ohne Zweifel hatte Leiningen die Karlsruher Hofbühne zu beachtenswerten Verhältnissen geführt. Bedeutende Talente, wie Karl Deorient und Luise Neumann, später aus Burgtheater berufen, standen ihm helfend zur Seite. Der Spielplan wurde manigfaltiger gestaltet, aber von einer besonderen Blüte der Kunst kann auch unter Leiningen nicht die Rede sein. Er wurde 1839 von Franz von Gemmingen-Wildfeld abgelöst, der bis 1843 die Intendantenschaft führte, aber wie alle Kanasterrintendanten der badischen Bühne bis dahin doch nicht die notwendige künstlerische Energie besaß, um das Theater auf die wünschenswerte Höhe zu bringen. 1843 kam Auffenberg wieder ans Ruder.

Die letzten Jahre vor der Berufung Deorient's stand die Karlsruher Bühne auf einem sehr tiefen Niveau, besonders als Auffenberg zum zweiten Mal die Intendanten übernommen hatte. Das Personal wird in damaliger Zeit zwar als befriedigend geschätzt, doch zeigte Lust- und Schauspiel gegenüber der Oper erhebliche Mängel, und Laube fand bei einem Besuche in Karlsruhe das künstlerische Leben am damaligen Hoftheater sehr dürftig und wies auf das weit bessere und vorbildliche Theater in Mannheim hin. Jeder weiteren Entwicklung machte der fürchterliche Brand des Theaters, der am 28. Februar 1847 das ganze Haus einäscherte, ein Ende. Wohl richtete man das alte Orangeriegebäude, die Wiege der Hofbühne, wieder als Interimstheater ein, wo dann bis zum 17. April 1853 gespielt wurde. Aber die schlimmen Verhältnisse der Revolutionszeit und die noch drückenderen wirtschaftlichen Notjahre mußten das Interesse für das Theater auch am Hofe erlahmen lassen. Dazu kam, daß Auffenberg ein nicht gerade mütergütiges Privatleben führte und besonders in der letzten Zeit seiner Amtsführung die Fingel schleifen ließ. Auch unter seinem Nachfolger Tschudy ging es weiter bergab. Eine Schlenkerwirtschaft ohne gleichen herrschte, die auch nicht besser wurde, als nach Tschudy's Tode der Hofdomänen wurden, wie Deorient erzählt, die Rollen verteilt und sonstige Kunstinteressen erledigt. Der Ton dieser Verhandlungen wurde natürlich in die weitere Bühnentätigkeit verpflanzt. Eine völlige Auflösung trat ein. Um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen und in dem neuen Hause, das an Stelle der abgebrannten erbaut wurde, eine unmaßlose reorganisierte Bühne zu erhalten, berief der damalige Prinzregent Friedrich als Leiter des neuen Hoftheaters Eduard Deorient zum Direktor.

